

# Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Der frauenpolitische Aufbruch im Winter 1989/90 und der Unabhängige Frauenverband

Jetzt ist es also schon fast ein halbes Leben her, dass ostdeutsche Frauen mit der Überzeugung auf die Straße gingen, dass nun «niemand mehr um die Frauenfrage herumkomme». Der Staub von Einheitserfahrungen, sozialpolitischen Umbrüchen und neuen bösen Konflikten in der Welt liegt darüber. 1989/90 gab es viele Ängste, aber vor allem gab es enorme Hoffnung, eine, wie wir längst wissen, überzogene, aber wirkmächtige Euphorie und leidenschaftliches Engagement, aus dem so manches in den politischen Biographien bis heute nachwirkt. Wie davon heute berichten? Erinnern an 1989 braucht bereits das Erzählen, und dieses kann auch dafür nützlich sein zu überlegen, wo Ambitionen, Ziele und Konflikte der Wende- und Nachwendzeit eben Geschichte sind und wo sie – in welcher Weise modifiziert – womöglich in Aspekten aktuell geblieben sind. Ein in vielen Varianten diskutiertes Thema der Zeit war die Frage, ob DDR-Frauen gegenüber den westdeutschen Schwestern aus 40 Jahren Realsozialismus einen Emanzipationsvorsprung mitbrachten oder ob vor allem feministisches Niemandsland zu erwarten sei. Wie sich herausstellte, stimmte irgendwie beides, und vice versa konnten die Ost- den Westdeutschen vorhalten, sich um Kopfgeburten zu zerstreiten, wo es um Ökonomie ging. Es dauerte etwas, bis der Reformbedarf sowohl der sozialistischen Arbeitsreligion als auch des europäisch hinterherhinkenden Ernährermodells verstanden war – bereits getrübt vom Sachverhalt, dass in der Politik zur deutschen Einheit Fraueninteressen eine sehr untergeordnete Rolle spielten.<sup>1</sup> Jedenfalls haben viele frauenbewegte Frauen im Westen den politischen Aufbruch der ostdeutschen Schwestern – und speziell das Experiment «Unabhängiger Frauenverband (UFV)» – teils skeptisch, aber doch auch mit einiger Hoffnung auf einen gesamtdeutschen Impuls verfolgt.

Ich werde hier in Spots einige Aspekte der Entwicklung von Frauenaufbrüchen und UFV-Geschichte beleuchten, um damit hoffentlich auch Gesprächsstoff darüber zu bieten, was zu lernen bliebe.

## Frauenpolitik in der DDR: Staatlich kontrollierte Emanzipation

Tatsächlich war Gleichberechtigung der Frauen Verfassungsgrundsatz und Staatsauftrag seit der ersten Verfassung der DDR. «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben» (1949, Art. 7). «Die Förderung der Frau, besonders in der beruf-

1 Vgl. Anne Hampele Ulrich: Frauen- und Geschlechterpolitik im vereinten Deutschland, in: Rainer Hufnagel und Titus Simon (Hrsg.): Problemfall Deutsche Einheit, Wiesbaden 2004. S. 243-264.



Flugblatt zu einer Demonstration gegen den § 218 im Juni 1990, ursprünglich Flugblatt der Lila Offensive

lichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe» (1968, Art. 20). Infolgedessen waren Frauen in der DDR überwiegend erwerbstätige Mütter, flankiert durch umfangreiche arbeitsrechtliche und – seit den 70er Jahre unter Honecker forcierte – sozialpolitische Maßnahmen, entsprechend ökonomisch eigenständig und darin durchaus selbstbewusst. Die kritischen Fraueninitiativen zielten freilich auf die

spezifische Konstruktion dieses Emanzipationsmodells: Sozialistische Gleichberechtigung, Aushandlung ihrer Ziele und Methoden und Beteiligung von Frauen konnte nur im Rahmen des herrschenden Ordnungskonzepts des Demokratischen Sozialismus stattfinden, einem auf Lenin zurückgehenden Ordnungskonzept der hierarchischen Durchsetzung von Entscheidungen unter Anerkennung der «führenden Rolle» der Staatspartei, nach der Blockparteien, Massenorganisationen und Staat funktionieren sollten mit dem Ziel, die «einheitliche Leitung» der gesellschaftlichen Prozesse zu gewährleisten – und dabei politischen Pluralismus oder gar Opposition auszuschließen. Das Handeln der Frauen hatte den staatlichen Zielen zu dienen. Die politisch-weltanschaulich gewollte und zugleich volkswirtschaftlich notwendige Vollerwerbstätigkeit der Frauen wurde in der realsozialistischen Sicht der Dinge bereits als Teilhabe am staatlichen Prozess definiert: «Indem nämlich die Arbeiterinnen um ökonomische Erfolge in der Produktion ringen, würden sie zugleich ihren sozialistischen Staat stärken, der allein ihre wirkliche Gleichberechtigung garantieren könnte. Durch ihre Berufstätigkeit leisteten die Frauen also ihren spezifischen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus.»<sup>2</sup> Die Frauenzeitschrift *Für Dich* titelte 1982 ganz in diesem Sinne: «Wir machen Staat – und er macht uns.» Im Rahmen dieser staatlich kalkulierten Emanzipation wurde erwartet, dass der Anspruch auf Gleichberechtigung nur in einer Weise erhoben wurde, in der sich der paternalistische Staat, der die Gleichberechtigung gewährte, einem Streit um Ziele und Konzepte nicht zu öffnen brauchte. Ein klassisches Resultat war, dass Frauenpolitik «Mutti-Politik» bleiben konnte. Sie zielte auf die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit und richtete sich ziemlich ausschließlich an die mehrfach belasteten Mütter, nicht an die Väter und kinderlosen Frauen.

Tatsächlich konnte die Ära der «Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik» unter SED-Chef Honecker – als Gegenzug zur Absage an Wachstumseuphorie und Kommunismusversprechen – erfolgreich als neuer Gesellschaftsvertrag gerade für jüngere Familien etabliert werden. Auf dem Weg gelang auch weitgehend, sich gegen die Versuchungen der neuen westlichen Frauenbewegungen zu immunisieren. In Reaktion auf die § 218-Proteste wurde 1971 das Abtreibungsrecht liberalisiert, und noch in den Achtzigern wurde verlautbart, Feminismus sei in der DDR nicht nötig, weil hier die Frauenfrage sozialpolitisch gelöst sei. Der Deal «sozialistisch-paternalistischer Wohlfahrtsstaat gegen Loyalität» nutzte sich allerdings im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklungen ab. Die jüngeren Leute waren gegenüber der Honecker-DDR weder idealisierend noch dankbar, sie war Normalität und wurde an ihren Selbstbeschreibungen und Versprechen gemessen. Gerade auch hinsichtlich der Situation von Frauen und den Tabus der Frauenpolitik brachte die DDR mit der Erosion ihrer wirtschaftspolitischen Kraft ihr Kritikpotenzial hervor.

## Grassroots in den letzten Jahren der DDR

Was in der realsozialistischen Welt auf jeden Fall nicht vorgesehen war, war Selbstorganisation. Während die späten Siebziger im Westen den sozialen Bewegungen und ihrer Institutionalisierung gehörten, hatte sich im Osten, ohne liberal-mediale Öffentlichkeit, eher eine alternative Nischenkultur entwickelt. Als mit den Achtzi-

2 Gabriele Gast: Die politische Rolle der Frau in der DDR, Düsseldorf 1973, S. 32.

gern außerhalb staatlicher Regulierung und Auftragsvergabe informelle Gruppen entstanden, die sich mit liegengebliebenen Themen außerhalb des offiziellen Kanons der Politik befassten, wie Grenzen des Wachstums, Militarismus und Frieden, globale Gerechtigkeit, Geschlechterverhältnisse, da taten sie dies unter teils hohen persönlichen Risiken und in stark voneinander abgeschiedenen Szenen. Insbesondere Wissenschaft und parteireformerische Gruppen, staatliche Klubszene und die zweifelsohne wichtigste Teil-Öffentlichkeit, die evangelische Kirche, blieben stark voneinander abgeschottet, der Diskussionsprozess blieb notwendig fragmentarischer, die Akteurinnen wussten größtenteils sehr wenig oder nichts voneinander. Dass es jenseits der offiziellen Forschung zur «Frau in der sozialistischen Gesellschaft» feministisch versierte Wissenschaftlerinnen gab, fiel andernorts erst auf, als diese sich im November 1989 an die neu entstehende Öffentlichkeit wandten. Sie wiederum dürften wenig davon gewusst haben, dass unter dem Dach der Kirche – und nicht jederzeit zur reinen Freude der Kirchenleitungen – eine Frauen-Szene bestand, die die Traditionen und Institutionen der Kirche (offene Arbeit, Frauenarbeit, Gottesdienste, Kirchentage, Auslandskontakte der Gemeinden und Studentengemeinden etc.) nutzen konnten, um Debatten anzustoßen und zu sozialisieren. Die «Frauen für den Frieden» (Kontext Nachrüstungsdebatte und Wehrdienstgesetz) gingen schließlich überwiegend in die gemischtgeschlechtlichen allgemeinpolitischen Oppositionsgruppen, andere Gruppen bestanden fort oder entstanden zum Ende der Achtziger hin überhaupt erst.

### **Innere Öffnung im Herbst 1989: Aufbruch der Teil-Öffentlichkeiten**

In der finalen Krise von Regierung, Gesellschaft und Staat meldeten sich frauenbewegte Frauen erst zu Wort, als sich andere Oppositionsgruppen schon formiert hatten. Bei den meisten wird eine Rolle gespielt haben, dass zuerst die «allgemeine» Politik und Befreiung zu stehen habe – Haupt- und Nebenwiderspruch in der Revolution der Kerzen. Noch im September 1989 wurden bei einem Vernetzungstreffen im thüringischen «frauenbewegten Ballungsgebiet»<sup>3</sup> (O-Ton Interview) eine verbindlichere Organisation der Frauen und ein Rundbrief verabredet, die Realisierung aber verschoben zugunsten des «allgemeinpolitischen» Engagements für die Zurückdrängung der «alten Macht». In Thüringen wie in Berlin gab dann aber den Ausschlag für frauenpolitische Einmischung, dass die Frauen-Anliegen in den Statements der Oppositionsgruppen schlicht keine Rolle spielten, so dass Frauen schließlich die Einmischung in eigener Sache beschlossen.

Nach dem Antrag des Neuen Forums auf staatliche Anerkennung schritten Thüringerinnen doch zur Tat. Als Bürgerinneninitiative Frauen für Veränderung veröffentlichten sie am 12. Oktober 1989 einen Offenen Brief, in dem sie ihre Betroffenheit über Massenausreise und staatliche Ignoranz aussprachen, und legten ein Diskussionspapier «Überlegungen zu gesellschaftlichen Veränderungen im Hinblick auf Gerechtigkeit, Frieden, Ökologie und Gleichberechtigung» vor. Gefordert wurden die demokratische Erneuerung der Gesellschaft, «um den Sozialismus

3 Alle O-Töne entstammen Interviews, die die Autorin für ihre Dissertation zum UFV geführt hat. Sie sind nachzulesen in: Anne Hampele Ulrich: Der Unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitisches Experiment im deutschen Vereinigungsprozess, Berlin 2000.

lebbarer zu machen», die gesetzliche Verankerung der Gleichberechtigung sowie Vorschläge zu unterschiedlichen Politikfeldern unter Maßgabe einer Beteiligung der Frauen. Schritte hin zu einer eigenen Infrastruktur wurden konkretisiert. «Die Zeit der Nur-Bestandsaufnahme ist für viele Frauen in der DDR vorüber. [...] Die Veränderungen, die wir wollen, müssen wir auch selbst schaffen.»<sup>4</sup> Gedacht war an einen Selbsthilfefonds, eine Gleichstellungsvertretung und ein Frauenzentrum in Erfurt. Frauen-Initiativen gegen die Ignoranz der Oppositionellen entstanden, wo etwa, wie beim Neuen Forum Leipzig, wortführende Männer vertraten: «Wozu Quote? Da brauchen wir auch Quoten für Brillenträger». (O-Ton Interview)

In Berlin wandten sich Wissenschaftlerinnen, die teils seit geraumer Zeit an der Etablierung eines Netzwerks von Frauenforscherinnen arbeiteten, am 6.11.89 in einem Offenen Brief an die Parteiführung: «In dem jetzt in Gang gekommenen Dialog spielen die Interessen von Frauen bislang eine untergeordnete Rolle. In unserer Gesellschaft existiert kein Bewusstsein über die reale Lage der Frauen und ihren Ausschluss aus den wichtigsten Entscheidungsbereichen.»<sup>5</sup> Sie forderten Politikberatung durch öffentliche Diskussion ihrer Forschungserkenntnisse und die «Zulassung einer selbständigen Frauenbewegung».

Hier am Regierungssitz, wo die Beschleunigung der politischen Ereignisse vielleicht am dichtesten zu erleben war, traten jetzt diverse Frauengruppen auf, darunter auch die «Lila Offensive (Lilo)» mit Katrin Rohnstock, Christina Schenk, Ev Labsch u.a. Sie rief mit einem Flugblatt «Frauen in die Offensive!» zur Teilnahme an der bis dato größten nichtstaatlichen Berliner Demonstration am 4. November auf: «Wir wollen uns in den Prozess der sozialistischen Erneuerung einmischen [...] und dies bewusst aus der Sicht von Frauen tun. [...] Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft ohne patriarchale Verhältnisse. – Gemeinsam mit Männern!» Lilo legte einige Papiere zu einer feministischen Kritik der DDR-Frauenpolitik und Positionen zur anlaufenden Reform der Gesellschaft vor, die später Eingang in die Programmatik des sich gründenden UFV finden sollten. Die Stellung der Geschlechter könne nicht nur als ökonomisches, sondern müsse als sozialpsychologisches Thema angegangen werden. Es bedürfe «außer sozialistischen Produktionsverhältnissen eines tiefgreifenden Wandels des gesellschaftlichen Bewusstseins, der geistigen Kultur [...] und der Gesellschaft». Der Weg zu Gleichstellung und gleicher Wertigkeit verlange grundsätzlich eine Veränderung in der gesellschaftlichen Stellung der Männer. Lilo werde sich jedoch «auf die Belange der Frauen konzentrieren» und politischen Einfluss ausgehend vom Ort und den Interessen der Frauen suchen.

Als das nächste Erfurter Vernetzungstreffen am 2. Dezember 1989 stattfand, hatten sich in Berlin bereits die Ereignisse überschlagen. Regierung und Politbüro waren Anfang Dezember zurückgetreten. Die Staatsgrenze war seit dem 9. November offen, die Massendemonstrationen forderten die deutsche Einheit. Die *Kontaktgruppe* einiger Bürgerrechtler/innen bereitete seit Oktober konspirativ, seit November in diplomatischen Gesprächen mit der SED-Führung, die Einberufung eines Runden Tisches vor, «um Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns

<sup>4</sup> Petra Streit 1989, zitiert in: Anne Hampele Ulrich: Der Unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitisches Experiment im deutschen Vereinigungsprozess, Berlin 2000, S. 65.

<sup>5</sup> Irene Dölling u.a.: Geht die Erneuerung an uns Frauen vorbei?, in: Berliner Zeitung, 7.11.1989.

zu besprechen»<sup>6</sup>. In der neuen Luft öffentlicher Reformdebatten entstanden neue Dynamiken auch daraus, dass Frauen aus bisher nicht miteinander in Kontakt stehenden Bereichen zusammentrafen, um Strategien der Einmischung zu beraten. Spezielle Wirkungen entfaltete eine solche öffentliche Debatte, zu der Lilo zum 23. November in die Berliner Gethsemanekirche eingeladen hatte. Hier trafen sich neben Lilo diverse Einzelne und Gruppen, u.a. die «Lesben in der Kirche», Initiativen wie «Matilde» und «Erster Weiblicher Aufbruch (EWA)», aus denen später Frauenzentren hervorgingen, Frauen vom FDJ-unterstützten, homosexuellen Sonntagsclub, aus der stark staatlich kontrollierten Wissenschaft wie z.B. SOFI – Sozialistische (später Solidarische) Fraueninitiative, eine Frauengruppe aus der Hochschule für Ökonomie und Frauen aus Theater, Pädagogik, Verlagen u.a. Einführend forderte die Gemeindepädagogin Ev Labsch, «dass für die Frauenproblematik ein öffentliches Bewusstsein wächst» und «dass Frauenpolitik von Frauen selbst gestaltet wird». Am Ende entstand eine Initiativgruppe, die einen «Aufruf an alle Frauen» verfasste. Dieser wurde republikweit über die staatliche Nachrichtenagentur ADN und den Rundfunk verbreitet und rief dazu auf, «eine angemessene politische Interessenvertretung von Frauen» zu schaffen und sich zu dem Zweck am 3. Dezember in der Berliner Volksbühne zu versammeln, wo sich für den Tag Schauspielerinnen zu einem «Frauen-Spektakel» verabredet hatten. So kam es, dass bei dem lang verabredeten Erfurter Treffen dieses – kurzfristig für den Folgetag geplante – Berliner Treffen angekündigt und durchaus kontrovers diskutiert wurde. Einige der Thüringer Frauen fühlten sich überrumpelt (die Konkurrenz zwischen «Provinz» und «Hauptstadt» hatte in der DDR eine gut gepflegte Tradition), manche sprachen von einem Wunder. Einige nahmen dann an dem Volksbühne-Treffen teil, bei dem spontan die UFV-Gründung beschlossen wurde.

An diesem Frauen-Spektakel in der Volksbühne am 3. Dezember 1989 haben ca. 1.200 Frauen und einige Männer teilgenommen, die sich sowie rund 60 Initiativen vertraten. Die Frauen trugen eine breite Palette von Kritik und Forderungen vor. Auch ein Konzept für ein Gleichstellungs-Ministerium wurde präsentiert. Die als Gastgeberin fungierende Schauspielerin Walfriede Schmitt trug ein Thesenpapier der zur Initiativgruppe gehörenden Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel vor: «Einige Frauen-Fragen an ein alternatives Gesellschaftskonzept oder Manifest für eine autonome Frauenbewegung.» Darin wurde abschließend die Gründung einer Organisation gefordert, die die Frauen in den anlaufenden gesellschaftlichen Reformprozessen vertreten sollte. Dieses «Manifest» wurde per Akklamation zum provisorischen Gründungsprogramm des hier proklamierten Unabhängigen Frauenverbandes. Die Verfasserin und die Vortragende wurden spontan zu Sprecherinnen gewählt, die die Frauen bei dem vier Tage später erstmals zusammenkommenden Zentralen Runden Tisch vertreten sollten. Ganz offensichtlich hatten die dann am 7.12.89 vor der Tür dieses taufrischen Revolutionsgremiums protestierenden Frauen keine Vorstellung von den diffizilen diplomatischen Aushandlungsprozessen, die der Einberufung dieser außergewöhnlichen Mediationsinstanz zwischen Staat und Opposition

6 Wolfgang Ullmann: Ansprache in der Berliner Gethsemanekirche am 27.10.1989, in: Wolfram Bürger und Michael Weichenhan (Hrsg.): Demokratie – jetzt oder nie! Perspektiven der Gerechtigkeit, München 1990, S. 147f.



vorausgegangen waren.<sup>7</sup> Die Formulierung im «Manifest», durch eine Verbandsgründung «die Repräsentanz bei Modrow am Runden Tisch unmittelbar zu sichern», zeigt, dass die entsprechende Zeitungsmeldung gar ganz missverstanden worden war. Die Regierung Modrow war im parlamentarisch arbeitenden Gremium nicht vertreten, und der runde Tisch war ganz sicher keine Einrichtung «bei Modrow». Ihre schließliche Zulassung zur zweiten Sitzung verdankten die UFV-Frauen – ebenso wie die ebenfalls spät gegründete Grüne Liga – vor allem der engagierten Vermittlung von Wolfgang Ullmann, der die Symmetrie des Runden Tisches wesentlich mit ausgehandelt hatte und der die Meinung vertrat, dass «angesichts der politischen Bedeutung der Frauengleichstellungsfrage die Frauen auf jeden Fall am Runden Tisch» beteiligt sein sollten.<sup>8</sup>

## Der UFV am Runden Tisch

Eine UFV-Mitgründerin aus einer kirchlichen Frauengruppe konstatierte rückblickend: «Die Gründung eines unabhängigen Frauenverbandes war die Möglichkeit, über den Suppenschüsselrand Kirche hinauszukommen, aus der Gruppenisolation herauszukommen, dem DFD etwas entgegenzusetzen.» (O-Ton Interview) Sie genoss die Innovation, sich als Zusammenschluss von Frauen mit gemeinsamen Erfahrungen und Interessen über weltanschauliche Grenzen hinweg politisch zu organisieren. Dieses Organisationskonzept war allerdings in einer Situation, in der sich «alte Macht» und Opposition revolutionär gegenüberstanden, nicht unbedingt eingängig, und diese Konfrontation fokussierte sich am Runden Tisch und führte zu teils anhaltenden Spannungen zwischen UFV-Vertreterinnen und den weltanschaulich «sortierteren» kirchlich-sozialethischen Oppositionsgruppen und zwar, weil die Kulturen dort unvermittelt aufeinander krachten.

Die aufgrund ihrer Manifest-Autorenschaft zur Sprecherin bestimmte Ina Merkel war SED-Mitglied – was als U-Boot der Staatsseite begriffen wurde und zu massiven atmosphärisch-kulturellen Störungen zwischen kirchlichen respektive sozial-ethischen Gruppen und UVF führte. Die Mischung der Fronten zwischen Staatsseite/SED und Bürgerrechtsseite erschien ihnen zu dem Zeitpunkt und in der Situation keinesfalls tolerierbar. Auch als die entschieden parteilose Soziologin Uta Röth als Sprecherin nachrückte, hatte sie hartnäckig unter dem Vorwurf zu leiden, «SED-Frau» zu sein, nachdem sie in der Akademie darunter zu leiden gehabt hatte, dass sie nicht Parteimitglied geworden war – eine skurrile Situation. Paradebeispiel dafür, wie das Aufbrechen der bisher getrennten Teilöffentlichkeiten nicht in der kurzen Zeit unter den gegebenen Befindlichkeiten und Handlungszwängen nutzbar gemacht werden konnte. Die Auswahl des politischen Personals war in der spontanen Kürze der Zeit ganz sicher von vielen – vermutlich die Akademikerinnen bevorzugenden – Zufällen geprägt. Die biografie-politische Auseinandersetzung zwischen in der DDR staatsfernen und staatsnahen Feministinnen begleitete zwangsläufig die Geschichte des auf die beschriebene Weise zustande gekommenen UFV und eben auch die Kooperation mit den homogen staatsfernen Gruppen auch innerhalb des UFV. Die im UFV aktive Feministin Samirah Kenawi wies darauf hin, es habe unter den bewegten

<sup>7</sup> Vgl. Uwe Thaysen: Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990.

<sup>8</sup> Ullmann, a. a. O.

Frauen durchaus teils ein «schizophrenes» Verhältnis zum DDR-Staat gegeben, wo die Kritik mehr dem Patriarchat als der Diktatur gegolten habe. Manche Beteiligten fanden wiederum, dass in den sozialetischen Gruppen das frauenbewegte Anliegen kein Verständnis gefunden habe (Modell «Quote für Brillenträger»), und der generalisierte Vorwurf gegen die Feministinnen, «staatsnah» zu sein, habe auch dazu gedient, hierüber hinwegzutäuschen. Belege finden sich für beide Lesarten, Mischformen eingeschlossen. Dieser Konflikt wirkte auch noch bis in die Parteibildungsprozesse der ostdeutschen Opposition mit den westdeutschen Grünen hinein und fand nicht zuletzt im gesamtdeutschen Bundestag ein skurriles Nachspiel, als Konrad Weiss versuchte, den Druck des § 218-Antrag der UFV-MdB Christina Schenk auf Bundestagspapier zu verhindern.

Das frauenpolitische Engagement am Zentralen Runden Tisch wurde u.a. sichtbar in dessen zentralem Dokument, dem Entwurf einer neuen Verfassung, der schließlich einen Passus gegen Diskriminierung und das Staatsziel der Förderung von Gleichstellung enthielt sowie das Recht der Frauen festschrieb, über einen Schwangerschaftsabbruch selbst zu entscheiden. In der auf Initiative des UFV ab Januar tagenden AG Gleichstellung, die auch als Gleichstellungsstelle des Runden Tisches selbst fungierte, waren Grüne Liga, IFM, SDP (Eva Kunz), VL und Organisationen der «alten DDR» (DFD, SED, PDS, FDGB u.a.) vertreten, nicht aber CDU und Demokratischer Aufbruch. Gleichstellungsfragen und Instrumentarien zu ihrer Realisierung bildeten die zentralen Forderungen des UFV am Runden Tisch. Nachdem er sich schon Mitte Dezember mit der Forderung nach einem Staatssekretariat für Gleichstellungsfragen an den Ministerpräsidenten Modrow gewandt hatte, wurde in einem Gespräch zwischen AG und Regierung Unterstützung für die Gleichstellungsfragen und Sekretariatsforderung zugesagt. Dafür, dass die Forderung nach Gleichstellungsstellen und -ressourcen unter der kommenden Volkskammerregierung bis in die Kommunen hohe Priorität genoss, war die prominente und streitbare Vertretung des Themas am zentralen Runden Tisch ohne Zweifel eine relevante Voraussetzung.

Die Sozialcharta ist ein zweites geschichtsträchtiges Dokument der Arbeit des UFV am Zentralen Runden Tisch. Sie wurde im Februar 1990 formuliert, unter bereits dramatisch veränderten Vorzeichen. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich bereits eine Vereinigungspolitik (Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion) ab, weshalb Rundtisch-Proklamationen sich bereits stark auch an die bundesdeutsche Regierung adressierten, und die DDR-Regierung unter De Maizièr, nach dem «Sturm» auf die Stasi-Zentrale Normannenstraße massiv unter innerem sicherheitspolitischen Druck, hatte die Rundtischfraktionen der Opposition gebeten, einer «Regierung der nationalen Verantwortung» beizutreten. Für den UFV gehörte zu diesen «Ministern ohne Geschäftsbereich» Tatjana Böhm, die dann die Sozialcharta bei der UFV-Gründungsversammlung vorstellte und beim Bonn-Besuch der Regierungsdelegation gegenüber der bundesdeutschen Seite vertrat. Diese Charta bildete einen Katalog sozial- und arbeitsrechtlicher Standards unter geschlechter- und frauenpolitischen Gesichtspunkten, die die gesellschaftlichen Reformen flankieren sollten. Dazu gehörten das Recht auf Schwangerschaftsunterbrechung nach DDR-Fristenregelung, Mieterschutz und Mietpreisbindung, bedarfsdeckende Kinderbetreuung als Bedingung der Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft, Sicherung der arbeitsrechtlichen Regelungen zum Elternschutz und Sicherung eines Grundeinkommens. Der Runde Tisch forderte im Februar die weitere Ausarbeitung durch einen gesamtdeutschen Runden Tisch zu



sozialpolitischen Fragen, um die «sozialpolitischen Errungenschaften beider Seiten» zu harmonisieren und in die Vereinigungspolitik zu retten. Obwohl im März von der Volkskammer beschlossen, gelang es nicht, Sozialcharta-Kriterien im Weiteren relevant für die anlaufenden Verhandlungen zur Wirtschaftsreform und Währungsunion zu machen.

## **Scheiternde Parlamentarisierung**

Freie Wahlen zur DDR-Volkskammer vorzubereiten war eine zentrale, vielleicht die historisch wesentliche Aufgabe des Runden Tisches gewesen. Im Januar 1990 hatte man sich auf ein Wahlgesetz geeinigt, das neben Parteien auch die Kandidatur von Bewegungen und Listenverbindungen zuließ, die sich hierfür freilich formell konstituieren mussten. Die offizielle Gründung des UFV, bei dem er sich Programm und Statut gab, fand daher erst am 17. Februar 1990 statt. Westdeutsche Mitgliedschaft wurde ausgeschlossen und erst 1993 erlaubt. Doppelmitgliedschaften sollten erlaubt sein, um Frauen «über alle sozialen und weltanschaulichen Schranken hinweg» aufnehmen und vertreten zu können. Die Organisation sollte dezentral und rätendemokratisch beschaffen sein. Zentrales Ziel: reale Gleichstellung im Rahmen einer «Lösung der deutschen Frage, vor der sich die Europäer nicht fürchten müssen», deutsche «Einigung» in einem «wechselseitigen Reformprozess».

Unter den Frauen bei den Grünen aus Westdeutschland und Westberlin gab es viele, die sich eine Kooperation wünschten, zumal die feministische Programmstrecke ansonsten unter den ostdeutschen Oppositionsgruppen so gut wie gar nicht besetzt war. Tatsächlich gingen schließlich die ostdeutsche Grüne Partei und der UFV ein Wahlbündnis ein – mit einem für den UFV fatalen Konstruktionsfehler: Weil zuerst unklar war, ob Wahllisten nach DDR-Bezirken oder eine republikweite Liste aufzustellen seien, und weil die UFV-Frauen sich von warnenden Westberliner AL-Frauen nicht einreden lassen wollten, sie müssten das Reißverschlussprinzip mit einer Frau auf jedem ersten Platz übernehmen, zog am Ende gar keine UFV-Vertreterin in das DDR-Parlament ein. Ausgehandelt wurde eine Landesliste, auf der der erste Platz der Grünen Partei zustand. Gewählt wurde schließlich aber nach Bezirkslisten, für die dieser Aufstellungsschlüssel übernommen wurde. Auf allen 13 Bezirkslisten war der 1. Platz grün besetzt, von den durch Grün-Lila erreichten 8 Mandaten fiel keiner an den UFV. Die Grüne Partei konnte sich zu keiner Revision entschließen. Die Berliner Grünen unterstützten die UFV-Forderung nach Mandaten, aber gerade hier stand mit Vera Wollenberger eine prominente Frau auf dem ersten Platz und behielt ihr Mandat. Die UFV-Unterhändlerinnen kündigten daraufhin das Wahlbündnis auf, wenn auch verbunden mit der Absicht auf weitere «sachbezogene Zusammenarbeit». Rückblickend erscheint diese Szene als ein Beispiel von vielen, an dem sichtbar wird, dass unter rasch umbrechenden Rahmenbedingungen Entscheidungen zu treffen waren, für die Erfahrungen zu sammeln gar keine Zeit war.

Faktisch war damit der organisatorische Entwicklung der meisten anderen Oppositionsgruppen prägende Einstieg in die Parlamentarisierung gescheitert. Im Weiteren blieb der UFV als Organisation verhängnisvoll ambivalent gegenüber der Frage, ob er auf Wahlbeteiligung zielen oder als außerparlamentarisches Netzwerk und Lobby arbeiten wollte. Anfangs gelang noch, via Listenbündnissen einzelne Kandidatinnen zu platzieren. So zog im Dezember 1990 die UFV-Kandidatin Christina

Schenk mit dem Wahlbündnis «Bündnis 90/Die Grünen» in den gesamtdeutschen Bundestag ein und spielte dort für die wenigen gesamtdeutsch noch verhandelten frauenpolitischen Themen Schwangerschaftsabbruch und Gleichstellungspassus im Grundgesetz eine Rolle.<sup>9</sup> Sibyll Klotz zog als UFV-Vertreterin über die Liste der AL in das Berliner Abgeordnetenhaus ein. In einigen Landtagen kandidierten UFV-Frauen in bunt wechselnden Oppositionskoalitionen, um schließlich mit drei Mandaten in den Landesparlamenten der ersten Legislaturperiode vertreten zu sein. Aber die Rationalität von Wahlpolitik wurde nicht Teil des organisatorischen Selbstverständnisses, und die Chancen offener Listen reduzierten sich rasch, während es generell keine klare Mehrheit für die eine oder andere Organisationsform gab. Unter einem «politischen Verein» konnten sich viele UFV-Frauen nichts Einflussreiches vorstellen, und doch fassten sie den Beschluss, sich kein Parteistatut zu geben, nur mit einer sehr knappen Mehrheit unter dem zeitlichen Zwang der ablaufenden Rechtsangleichung für die ostdeutschen «Sonstigen politischen Vereinigungen» (Sept. 1991), während die «Basis» bereits überwiegend in der neu entfalteten Projekteszene aktiv war und wenig Luft für Wahlkampfpolitik entfaltete. Diese organisationspolitische Nicht-Entschiedenheit trug viel zur Erosion bei, die der UFV erfuhr.

### **Befristetes Überleben als frauenpolitische Bewegungsorganisation**

Nach dem für die Bürgerbewegten so frustrierenden wie eindeutigen Resultat der Volkskammerwahl – die Wählerinnen und Wähler wünschten Einheit statt Reform – setzte ein Prozess der Demobilisierung und der weltanschaulichen, aber auch der funktionalen Differenzierung ein. Die Revolutionärinnen des Winters 89/90 sahen sich binnen weniger Monate einer völlig veränderten Organisationsumwelt gegenüber. Der Aufbau kommunaler Gleichstellungsverwaltungen und der als «mushroom-effect» beschriebene Aufwuchs einer Projekteszene konnte als Verwirklichung von UFV-Forderungen verstanden werden, allerdings verlor der UFV als Organisation rasch an Einfluss. Die Projekteszene entwickelte sich stark in Abhängigkeit von Akteurinnen vor Ort und der Politik des Zweiten Arbeitsmarktes (ABM). Das Politikfeld Gleichstellung wurde bald durch die Parteien dominiert. Parallel betrieben die westdeutschen Parteien und Verbände ihre ostdeutsche Erweiterung: Die Parteien schufen im Osten ihre parteiinternen Frauenorganisationen (Frauenunion, AsF, Liberale Frauen etc.), die westdeutschen Frauenverbände gründeten sich aus (Landfrauenverband, kirchliche Verbände, zahlenmäßig am stärksten die berufsständischen Verbände). Als 1991/92 auf Initiative der Ostberliner Außenstelle des BMFJ ein Sonderprogramm aufgelegt wurde, das den Aufbau pluraler Frauenverbandsstrukturen aus Bundesmitteln förderte, gelang es dem UFV nicht, hierbei eine strategische Rolle einzunehmen. Als zudem begleitende Verbindungsbüros in den neuen Bundesländern aufgelegt wurden, wurde deren Koordination dem Deutschen Frauenrat übertragen und nicht etwa einem ostdeutschen Newcomer.

Trotzdem – und entgegen der rasch proklamierten These der neuen Transformationsforschung, ostdeutsche Organisationen ohne West-Entsprechung hätten in der Politik zur deutschen Einheit keine Überlebenschancen – überlebte der UFV einige Jahre, und zwar eben als politischer Verein innerhalb der frauenbewegten Szene. Als

<sup>9</sup> Vgl. Anne Hampele Ulrich, in: Rainer Hufnagel und Titus Simon, a. a. O.

Organisator feministischer Debatten und Proteste bildete er ein politisches Angebot, das vom sich etablierenden System der Interessenvertretung nicht abgedeckt und doch von ausreichend vielen gewollt war. Gerade diese politische Form machte ihn auch für die westdeutsche frauenbewegte Szene attraktiv, die sich bewusst nicht organisiert hatte, aber eben dies doch auch als strategisches Defizit gerade in gering mobilisierten Zeiten erfuhr. Tatsächlich konnte der UFV als eine Bewegungsorganisation der ostdeutschen und zusehends auch westdeutschen feministischen Szene agieren. Der UFV organisierte 1990/91 diverse § 218-Proteste, 1990 u.a. die Konferenz «Frauen in Ost und West – es geht ums Ganze» und 1992 «Wohin zieht der frauenpolitische Zug?». Nicht zuletzt mit Unterstützung der Hamburger Frauenanstiftung, für die er der zentrale Kooperationspartner in die ostdeutsche Frauenprojektlandschaft war, organisierten die UFV-Frauen 1993 den Kongress «Wi(e)der die Vereinzelung», bei dem sich Projekte-Frauen, Gewerkschafterinnen und Parteifrauen (v.a. freilich Grüne), Kirche und Wissenschaft trafen. Sie einte das Bedürfnis nach frauenpolitischer Aktion jenseits parteipolitischer Bindungen gegenüber der «Abwicklung der Frauenfrage» seit der Vereinigung (ostdeutsche Frauen-Arbeitslosigkeit; § 218-Reform) und einem zunehmenden Rassismus beim Abbau des Asylrechts (Asylkompromiss). Jenseits der vorigen Abgrenzung der Ostdeutschen gegen westdeutsche «Landnahme» wurde hier verabredet, die Initiative zu einem nationalen Frauen-Streiktag zum nächsten Internationalen Frauentag zu unterstützen, mit der Absicht, zu einer dauerhaften gesamtdeutschen Organisationsweise zu kommen. «Wir haben auch den Traum von einer bundesweiten feministischen Organisation noch nicht ausgeträumt [...]. Wir wünschen uns, dass ein Ergebnis des Kongresses ist, wider die Vereinzelung zu konkreten Vereinbarungen zu kommen, wie wir künftig zusammenarbeiten werden [...], um uns als Frauenbewegung auf die politische Bühne zurückzumelden.» (Alles Flaute 1993) Es wurde beschlossen, gemeinsam zu einem bundesweiten Frauen-Streiktag 1994 zu mobilisieren, wie ihn auch schon die 4. Bundesfrauenkonferenz der Grünen und Gewerkschafterinnen erwogen hatten – und für dessen Realisierung dann der UFV und das Bundestagsbüro von MdB Christina Schenk wesentliches Engagement und auch finanzielle Ressourcen mobilisierte. Die danach (v.a. in Kassel) weitergeführten Bündnistreffen debattierten, wie die Vernetzung auf Dauer zu stellen sei. Hier formierte sich die Gründungsinitiative zur Neuaufgabe einer Frauenpartei alternativ zu einem Konzept einer Netzwerk- oder Lobby-Vereinigung. Deren Befürworterinnen sahen die Breite des Bündnisses durch die Parteiform gefährdet und plädierten für Aktionsfelder wie Wahlprüfsteine, Wahlkampagnen, Netzwerkarbeit und thematische Initiativen. In der Folge zerfiel das Aktionsbündnis in Parteigründerinnen und Netzwerkrest, und die Kräfte keiner Seite reichten mehr für öffentliche Hörbarkeit und Wirksamkeit. Der UFV, dessen gesamtdeutsche Expansion damit gescheitert war, löste sich als Bundesverband schließlich 1998 auf. Dies war am Ende stimmig, wenn auch das Bedauern bleibt, dass damit einer der wenigen eigensinnigen ostdeutschen Beiträge zur politischen Inneneinrichtung des vereinigten Deutschlands verschwand.